

Schlüsselbund

Zeitung der **PDS**/Offene Liste Velbert

Nr. 13 September 2004

Harry Gohr - Bürgermeisterkandidat der **PDS**: „Ich stehe für soziale Politik!“

Der bisherige Ratsvertreter der PDS, Günter Judick, legt sein Mandat aus Altersgründen nieder. Als sein Nachfolger hat die Velberter PDS den 54jährigen Harry Gohr gewählt. Schlüsselbund sprach mit dem Spitzenkandidaten.

Schlüsselbund: Sie haben sich für die **PDS** als Bürgermeisterkandidat aufstellen lassen, obwohl sich die großen Parteien auf einen Kandidaten geeinigt haben. Auf der Liste Ihrer Partei kandidieren Sie auf Platz eins.

Harry Gohr: Die Velberter Bürger müssen auch zur Bürgermeisterwahl eine Alternative haben. Die großen Parteien haben indirekt einen Grundkonsens vereinbart. Sie sind sich dahingehend einig, dass immer mehr kommunales Eigentum verkauft wird. Gleichzeitig betreiben sie einen verantwortungslosen Sozialraub – ich denke dabei nur an Hartz IV.

Mein Ziel ist es eine starke linke demokratische für soziale Belange kämpfende Fraktion im Rat zu haben, die sich dafür einsetzt, dass bei allen anstehenden Entscheidungen die Menschen unserer Stadt im Vordergrund stehen.

Schlüsselbund: Sie sind als Busfahrer bei den Wuppertaler Stadtwerken beschäftigt und dort auch Betriebsrat. Die Stadtwerke sollen 100 Millionen Euro Fördergelder für den Schwebebahnausbau an das Land zurückzahlen. Wie wirkt sich das auf die Belegschaft aus?

Harry Gohr: Wenn die Fördermittelvergabe zu Lasten der WSW geht, wird es weitere Auswirkungen auf die Beschäftigten und deren Arbeitsplätze haben. Wir haben bereits 1.300 Arbeitsplätze in den letzten zehn

Jahren abgebaut, 25 Prozent des Versorgungsbereiches verkauft und die Defizite des ÖPNV ausgeglichen. Jetzt muss Schluss sein damit.

Schlüsselbund: Auf ihrem Plakat

Wer aufmerksam durch unsere Stadt geht, stellt fest, dass viele bekannte Firmen verschwunden sind, ich erinnere nur an einige Gießereien. Wir müssen die Arbeitsplätze in unserer Stadt hal-

ten Einzelhandel aus. Die Kette heißt also Arbeitsplatzverlust gleich Kaufkraftverlust gleich Schließung von Geschäften, wodurch dann wieder Arbeitsplätze verloren gehen.

Um Velbert als Standort für Industrieansiedlungen attraktiver zu machen, ist eine vernünftige Infrastruktur von großer Bedeutung. Auch wenn wir die Fertigstellung der S9 von Wuppertal nach Essen über Neviges/Langenberg sehr begrüßen, ist es ein Witz, dass eine Stadt mit mehr als 80.000 Einwohnern nicht am Schienennetz angeschlossen ist und im Zentrum der Stadt kein Bahnhof ist.

Auch wenn der Ausbau von Autobahnen mit Recht immer kritischer gesehen wird, ist die nördliche Anbindung an das Autobahnnetz katastrophal. Hier ist dringend der Lückenschluss zur A44 angebracht.

Schlüsselbund: Welchen Bezug sehen Sie zwischen der neoliberalen Regierungspolitik von SPD/Grünen und der Situation vor Ort?

Harry Gohr: Die Bundesregierung betreibt eine deutliche Umverteilung von unten nach oben, den Reichen wird gegeben den Armen wird genommen. Steuer geschenke an Großkonzerne, Senkung des Spitzensteuersatzes,
weiter auf S.3



Das Wahlkampfplakat zum Thema

stehen Sie für die Sicherung von Arbeitsplätzen am Standort Velbert.

Harry Gohr: In einer Stadt leben und dort gleichzeitig arbeiten zu können ist ein idealer Zustand.

Dies hat Velbert viele Jahrzehnte durch seine mittelständische Industrie leisten können.

ten. Wer heute auffordert Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, stört den sozialen Frieden in unserem Land und damit auch in unserer Stadt.

Der Verlust von Arbeitsplätzen ist mit dem Verlust von Kaufkraft verbunden. Dies wiederum wirkt sich konkret auf den loka-

Aus dem Inhalt:

Seite 2: „Ich wähle Harry Gohr“
Hartz IV und kein Ende

Seite 3: Fortsetzung v. S. 1
Für eine durchschaubare
Stadt

Seite 4: Fünf für Velbert

Dank an CDU für knallrote Werbung

Mit knallroten Plakaten warnt die pechschwarze CDU: „Velbert macht man nicht mit links.“ Auf die Frage, wer mit „links“ gemeint sei, sagte der CDU Vorsitzende Bernd Thondorf deutlich: „Nur die PDS.“ Klar, mit der SPD übt man ja fleißig die große Bürgermeisterkoalition.

Wir danken für diese Wahlhilfe, die deutlich macht, wo die Alternative für alle liegt, die eine andere Politik wollen. In der Tat ist Einiges mit uns, den KandidatInnen der PDS nicht zu machen, zum Beispiel den weiteren Ausverkauf städtischen Eigentums an Großkonzerne wie RWE. Steuer- und Gebührenerhöhungen zu Lasten der Bürger und ähnliches werden wir auch nicht mitmachen, aber alles, was den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt dient werden wir unterstützen.

Hartz IV schafft Armut und Niedriglohn, aber keine neuen Arbeitsplätze!

Hartz IV und kein Ende... Schnüffelei im Antragsformular

Wer einen Antrag auf Arbeitslosengeld II stellt, muss viele Fragen beantworten. Es handelt sich um eine Rundumausforschung der Lebens-, Verwandtschafts-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse.

Dabei enthalten viele Fragen Fußangeln, denn das Ziel ist nicht die Leistungsgewährung, sondern möglichst viele Menschen von der Leistung auszuschließen. Dabei greift die Bundesagentur für Arbeit zu bedenklichen Methoden:

Sie will auf einem Blatt Auskunft über die Einkünfte der Angehörigen oder Mitbewohner erhalten und auf der Rückseite desselben Blattes soll der Arbeitgeber des Antragstellers sein Einkommen bestätigen.

Wir sagen: Die Einkommen von Angehörigen gehen den Arbeitgeber überhaupt nichts an. Warum reicht nicht eine Lohn- und Gehaltsabrechnung?

Unter Punkt VIII des Antragsformulars fragt die Bundesagentur nach Adressen und weiteren Informationen unterhaltspflichtiger Angehöriger außerhalb der Hausgemeinschaft.

Wir sagen: Die Frage verstößt gegen den Sozialdatenschutz. Außerhalb der Hausgemeinschaft können Eltern nur für Jugendliche unter 25 ohne Berufsabschluss zum Unterhalt verpflichtet werden.

Im Antragszusatzblatt will die Bundesagentur die Bankverbindung des Vermieters erfahren.

Wir sagen: Das geht sie gar nichts an, der Leistungsberechtigte muss nicht zustimmen.

Im Zusatzblatt III wird gefragt, ob Vermögen im In- und Ausland verschenkt oder gespendet oder auf eine andere Person übertragen wurde.

Wir sagen: Es geht die Bundesagentur nichts an, ob jemand seinen Kindern, dem Taubenzüchterverein oder der Kirche ein Geschenk gemacht hat. Zumindest muss eine Grenze für Zeit und Betrag genannt werden.

Gegen manche dieser Fragen hat selbst der Beauftragte für den Bundesdatenschutz Bedenken. Die Bundesagentur lässt auf sich warten.

Werner Ronig- IG Metall:

„Ich wähle Harry Gohr und die **PDS**.“

Der langjährige zweite Bevollmächtigte der IG Metall Velbert, Werner Ronig, erklärte in einer Stellungnahme zur bevorstehenden Kommunalwahl unter anderem:

„Dass Sozialdemokraten bereit und fähig sind die halbe Kostenteilung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in unserem seit hundert Jahren bestehenden Sozialversicherungssystem einfach aufzugeben, hätte noch vor wenigen Jahren niemand geglaubt. Damit ist der entscheidende Schritt zur Zerstörung unseres Sozialsystems eingeleitet worden. Vergessen scheinen die früher von der SPD angeprangerten Kürzungen aus der Zeit der Regierung Kohls...“

Es gibt schon lange Zeit eine Gerechtigkeitslücke in Deutschland, lange vor der „Eingemeindung“ der DDR, aber SPD und Grüne bemühen sich diese Lücke – zur Freude von CDU und FDP – kräftig zu vergrößern.



Auch wenn die Quittung dafür erst 2006 bei der Bundestagswahl erteilt werden kann, will ich jetzt schon bei der Kommunalwahl die Unzufriedenheit mit dieser Politik deutlich machen.

Deshalb wähle ich den Gewerkschaftler und Betriebsratsmitglied der Wuppertaler Stadtwerke Harry Gohr aus Neviges bei dieser Wahl zum Bürgermeister und ebenso seine Kolleginnen und Kollegen, die für die **PDS** kandidieren.“

Aufgemerkt!

PDS-Velbert zweimal im Monat:

Jeden zweiten und vierten Freitag im Parkrestaurant „Zur Flora“, Oststr. 48 Kleiner Saal immer ab 20.00 Uhr

Jedermann -frau ist herzlich eingeladen mal reinzuschauen.

Erst wenn die letzte Sozialleistung gestrichen, die letzte Rente abgeschafft und der letzte Arbeitnehmer gekündigt ist, werdet ihr merken, dass niemand eure Produkte kauft und ihr euer Geld nicht essen könnt!

Harry Gohr: „Ich stehe für soziale Politik!“ Forts. von S.1

Wegfall der Gewerbekapital- und Vermögenssteuer führen zu einem erheblich geringeren Steueraufkommen, dies wirkt sich auch auf die Kommunen aus. Soziale Standards können nicht mehr gehalten werden, städtisches Eigentum wird an Privatfirmen verkauft, Angebote für Bürgerinnen und Bürger werden geschlossen, denken wir nur an den gescheiterten Versuch das Langenberger Freibad zu schließen. Auch dieser Prozess führt zum Verlust von Arbeitsplätzen. Wir wehren uns dagegen und sagen, was mit den Geldern von Bürgerinnen und Bürgern erwirtschaftet wurde, muss Eigentum der Stadt bleiben.

Schlüsselbund: Ab Januar 2005 tritt die neue Regelung HartzIV mit dem so genannten Arbeitslosengeld II (ALG II) in Kraft. Sehen Sie Auswirkungen auf Velbert?

Harry Gohr: Bereits in unserer letzten Ausgabe hat unser Rats Herr Günter Judick zu diesem Problem Stellung genommen. Mindestens 3.000 Velberter Familien sind von diesem brutalen Sozialeinschnitt betroffen. Die finanziellen Einbußen, die die Menschen erleiden müssen, werden sich auch deutlich auf die Kaufkraft auswirken. Ich möchte an dieser Stelle den Worten unseres jetzigen Rats Herrn Günter Judick zustimmen, der in seinem Artikel in unserer letzten Ausgabe deutlich schrieb: „Den Sozialräubern auch bei der Kommunalwahl die rote Karte zeigen PDS wählen“.

Schlüsselbund: Sie sind in Velbert-Neviges zu Hause. Dort war im Jahre 2003 das Bauvor-

haben Elsbecker Straße im Gespräch.

Harry Gohr: Die Siedlung Asbruch/Rosenhügel ist jetzt schon der dicht besiedelste Stadtteil von Neviges. Deshalb ist es für mich nicht nachvollziehbar, warum mit den Stimmen von CDU und Stadtteile voran die „Grüne Lunge an der Elsbecker Straße“ zugebaut werden soll. Diese Grünfläche könnte als integriertes Naherholungsgebiet mit Spielfläche genutzt werden und würde allen Nevigesern zu Gute kommen.

Für mich stellt sich die Frage, stehen Gewinninteressen über dem Bürgerwillen?

Ich habe mich auf jeden Fall der dortigen Bürgerinitiative angeschlossen und mitgeholfen über 1.000 Unterschriften gegen das Bauvorhaben zu sammeln.

Schlüsselbund: Wie sehen Sie die Chancen der PDS bei den diesjährigen Kommunalwahlen.

Harry Gohr: Die Fünfprozentklausel fällt bei der Kommunalwahl weg. Vor fünf Jahren hat die PDS aus dem Stand ein Ratsmandat erreicht – es fehlten nur wenige hundert Stimmen zur Fraktionsstärke.

Als Fraktion kann sich die PDS im Rat erheblich besser für die Belange der Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Natürlich sehen wir unsere Chancen realistisch.

Wenn aber soziale und linke Politik auch in Velbert ein Gehör finden soll, dann brauchen wir eine starke Fraktion, deshalb bitte ich alle Wählerinnen und Wähler am 26. September die PDS zu wählen.

Für eine durchschaubare Stadt!

Es ist noch gar nicht lange her, da geisterte immer das Thema Bebauung der Wilhelmshöhe durch die Lokalpresse. Zuerst stimmte eine Mehrheit dafür, dann nach massivem Protest der Bürger fand sich eine neue Mehrheit, die dies wieder kippen wollte.

Letzter Stand der Dinge ist jedoch, dass wieder eine Mehrheit für die Bebauung ist, mit dem Verweis darauf, dass im gegenteiligen Fall der Stadt ein Schaden in Millionenhöhe entstünde, man sich also auf eine Sachzwanglogik zurückzog.

Wie konnte es dazu kommen? Der Stadt Velbert gehört eine so genannte Beteiligungsverwaltungsgesellschaft. Nun hat diese Beteiligungsverwaltungsgesellschaft Tochterfirmen, u.a. die Stadtwerke, aber auch die EVV, die „Eigentumsverwertungsgesellschaft Velbert“. Diese war es nun, die den Kauf eines Teils des Grundstückes an der Wilhelmshöhe getätigt hatte. Nun sind die EVV und andere städtische Gesellschaften jedoch nicht dem Rat verantwortlich, sondern nur ihrem Aufsichtsrat, in den die Fraktionen des Stadtrates Mitglieder entsenden (d.h. auch, dass dort keine Vertreter der PDS sind).

Da es sich bei Grundstückskäufen und ähnlichen Angelegenheiten um Geschäftsgeheimnisse handelt, dürfen die Aufsichtsratsmitglieder nicht öffentlich darüber reden, d.h. eine Entscheidung, von dieser finanziellen Größenordnung und städteplanerischen Tragweite wurde hinter verschlossenen Türen getroffen. Es wurden Fakten geschaffen, ohne dass die Bürger und auch ein Großteil der Ratsmitglieder etwas ahnen konnten.

Als für eine Bebauung dann die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden mussten, hatte man das perfekte Druckmittel (nämlich den finanziellen Schaden für die Stadt, wenn die EVV vor dem finanziellen Aus stünde), jegliche Kritik und jeglichen Widerstand nieder zuwalzen.

Der Fall Wilhelmshöhe zeigt also exemplarisch, wie in unserer Stadt die demokratische Kontrolle ausgehebelt worden ist. Dies ist nichts, was nur auf die Stadt Velbert zutrifft. Es ist eine gängige Praxis, dass ein „Konzern Stadt“ gebildet wird, unter dessen Ägide ein ganzes Geflecht an kommunalen Gesellschaften läuft. Und das vor allem deshalb, weil man mit diesen Gesellschaften Schattenhaushalte eröffnen kann, in denen man ungestört von der Kommunalaufsicht Schulden machen kann.

Das der Rat sich durch diese Praxis selbst entmachtet ist dabei durchaus gewollt, lassen sich doch geplante Bebauungen wie an der Wilhelmshöhe wesentlich besser durchsetzen. Die PDS/Offene lehnt diesen Demokratieabbau strikt ab. Politik muss für jeden durchschaubar sein. Diskussionen müssen geführt werden, bevor irreversible Schäden entstanden sind. Deshalb fordern wir konkret, dass wenn Entscheidungen anstehen, zuerst der Rat die rechtlichen Rahmenbedingungen schafft, und dann die Gesellschaften im Auftrag der Stadt handeln. Langfristig jedoch muss dieses Geflecht an Gesellschaften aufgelöst und wieder in die Stadtverwaltung eingegliedert werden, denn die Möglichkeit des Missbrauches ist einfach zu groß.



Von 331 Euro kann man nicht leben.

Schlüsselbund

erscheint unregelmäßig im RaumVelbert.
Verantwortlich im Sinne des Presserechtes:
S, Stoff, Nordstr. 24,
42551 Velbert,
Email: mail@pds-velbert.de
Web: www.pds-velbert.de
Die Redaktion behält sich vor, unaufgeforderte Einsendungen zu kürzen, namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/der VerfasserIn wieder.

Impressum

Fünf für Velbert,

Harry Gohr, Bürgermeisterkandidat



Petra Pollmann



Uwe Adam



Sozial-



**abheben
muss
sein.**

PDS

www.sozialisten.de

Bianca Stoff



Michael Alfermann



denn links ist sozial.